1963-1973:

Begrenzungsversuche

1963-1990:

Begrenzungsversuche und flexible Bedarfsdeckung

In den knapp dreissig Jahren zwischen 1963 und 1990 versucht die Schweiz, die Zahl der Zuwanderer zu begrenzen. Die Bauunternehmen und Fabriken sollen nur noch eine beschränkte Anzahl von Ausländern beschäftigen dürfen. Diese Politik nennen wir «Plafonierungspolitik» nach dem französischen Wort «plafond», das «Decke» heisst. Diese Politik wird einerseits von der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz bestimmt, andererseits vom Bedarf der Wirtschaftsunternehmen nach Arbeitskräften. Die «Plafonierungspolitik» ist jedoch nicht sehr erfolgreich, die Zu- und Abnahme der Zahl der Ausländer in der Schweiz wird weiterhin hauptsächlich von den Unternehmen und der Wirtschaftslage bestimmt.

Stimmen gegen die vielen Ausländer in der Schweiz werden ab 1963 laut. Mehrere Volksinitiativen verlangen eine strenge Beschränkung der Zahl der Einwanderer. Sie führen in der Schweiz zu heftigen Diskussionen. Die Initiativen werden in den Volksabstimmungen zwar alle abgelehnt, teilweise aber nur knapp. Deshalb bemüht sich der Bundesrat, die Zahl der Ausländer zu beschränken. Er führt sogenannte «Kontingente» ein, also Höchstzahlen an Ausländern in den Betrieben.

Diese Massnahmen vermögen jedoch das Wachstum der ausländischen Bevölkerung nicht wirklich zu bremsen. Viele Ausländer dürfen mit der Zeit ihre Familien mit in die Schweiz nehmen, es kommen weitere Kinder zur Welt, und etliche Saisonniers kommen schon so lange in die Schweiz, dass sie neu eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. So gibt es im Jahr 1970 zum ersten Mal eine Million Ausländer in der Schweiz.

1975 geht es der Wirtschaft erneut schlecht. Ein Grund hierfür ist die Ölkrise, die 1973 ausbrach. Öl brauchen wir, um Energie zu gewinnen, zum Heizen oder für Benzin, aber auch für viele andere Dinge. Besonders die Industrie benötigt viel Öl, um alle möglichen Produkte herzustellen. In den 1970er Jahren wird das Öl infolge eines Krieges zwischen Israel und einigen arabischen Ländern plötzlich sehr teuer. Die arabischen Länder verkaufen das Öl zu einem höheren Preis und drohen, kein weiteres Öl an bestimmte Länder zu verkaufen, wenn diese sie nicht im Krieg unterstützen. Mit dem Preisanstieg beim Öl werden alle Dinge teurer. Die Menschen haben also weniger Geld als vorher; viele verlieren ihre Arbeit, weil sie nicht mehr bezahlt werden können; die Länder können weniger Produkte aus anderen Ländern kaufen und selbst weniger Produkte verkaufen.

Vor dieser Ölkrise ging es der Schweiz gut, aber durch diese Krise werden jetzt viele Arbeitsplätze vernichtet. Damit möglichst wenige Schweizer arbeitslos werden, müssen zuerst die Migranten, die

die gleiche Arbeit verrichten, in ihre Heimatländer zurückkehren. Auf diese Weise muss sich nicht die Schweiz um die arbeitslosen Zuwanderer kümmern, sondern das müssen dann die Heimatländer selbst.

Ab 1985 erholt sich die Wirtschaft wieder, was erneut zu einer erhöhten Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften führt. Anders als zuvor kommen nun aber viele Zuwanderer aus Jugoslawien und Portugal in die Schweiz. Diese zweite Immigrationswelle führt erneut zu einem Zuwachs der ausländischen Bevölkerung.

Es ist also die Schweizer Wirtschaft, die in diesen Jahren den grössten Einfluss auf die Einwanderung und die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung ausübt. Die Migrationspolitik, die ja eigentlich eine Begrenzung für gewisse Einwanderungsgruppen vorsieht, spielt dabei nur eine kleine Rolle.

1963-1973:

Versuche der Beschränkung

Zunehmende Ablehnung der Ausländerinnen und Ausländer

Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es in der Schweiz vermehrt Leute, die nicht wollen, dass mehr ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz arbeiten. Sie schaffen eine fremdenfeindliche Stimmung zu einer Zeit, in der die Zahl der Zuwanderer in der Schweiz wächst und zudem Italien bessere Arbeitsbedingungen für die italienischen Saisonniers fordert, die in der Schweiz arbeiten. Die neue politische Bewegung will mittels mehrerer Initiativen die Zahl der Ausländer und Ausländerinnen in der Schweiz verringern. Die Industriebetriebe brauchen aber dringend Arbeitskräfte!

Dem Bundesrat gelingt es, das Schweizer Stimmvolk zu überzeugen, jede dieser Initiativen abzulehnen. Dafür muss er «Kontingentierungen», also Beschränkungen der Einwanderung einführen. Diese Beschränkungen haben jedoch nur eine geringe Wirkung, und die ausländische Bevölkerung wächst weiter. Sie wächst, weil vermehrt die Familien der Gastarbeiter, also die Frauen und Kinder, beim Ehemann beziehungsweise Vater in der Schweiz leben dürfen. Es werden in der Schweiz jetzt auch Kinder von Ausländern geboren, und viele Saisonniers kommen schon so lange in die Schweiz, dass sie eine Aufenthaltsbewilligung erhalten.

Bei der Volkszählung von 1970 überschreitet die Zahl der Ausländer zum ersten Mal die Marke von einer Million.

Migrationspolitik: Die wichtigsten Ereignisse

1963: Einfache Kontingentierung

1963 entscheidet der Bundesrat, dass in jeder Firma nicht mehr als 2% Ausländer arbeiten dürfen. Dies wird «einfache Kontingentierung» genannt, und durch sie soll die Einwanderung gestoppt werden. Dies gelingt aber nicht, weil die Wirtschaft wirklich viele Arbeitskräfte braucht. Somit steigt die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte weiter.

1964 versucht der Bundesrat die Kontingentierung zu verstärken: Jede Firma soll die Anzahl der von Ausländern besetzten Arbeitsplätze verringern. Erneut nimmt aber die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zu.

Weshalb nimmt denn die Zahl der Ausländer immer weiter zu? Ein wichtiger Grund hierfür sind die tief greifenden Veränderungen der Arbeitswelt. Immer mehr Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter verlassen die handwerklich orientierten Arbeitsplätze in der Industrie und arbeiten lieber in einem Büro. Tatsächlich wächst dieser Wirtschaftszweig der Versicherungen und Reisebüros, der Banken, des Handels und der Bildung jetzt stärker als die Industrie. Man nennt diesen von Schweizern bevorzugten Bereich den «Dienstleistungssektor» der Wirtschaft.

Die Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter, welche die Industrie verlassen, werden durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt, denn in den Fabriken und auf dem Bau besteht nach wie vor eine grosse Nachfrage nach Arbeitskräften. Hier steigt zwar die Gesamtzahl der Arbeitsplätze nicht weiter, trotzdem steigt die Zahl der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter.

1964: Zweites Abkommen mit Italien

Seit 1961 gibt es zwischen der Schweiz und Italien Verhandlungen über die italienischen Gastarbeiter in der Schweiz. Bereits leben ungefähr 400 000 Italiener in der Schweiz, und Italien fordert bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und grössere Rechte für ihre Landsleute in der Schweiz. Die Schweiz geht auf diese Forderungen ein, da sie auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Und die Italiener werden anderen Nationalitäten vorgezogen.

1964 ist man sich endlich einig und ein erneutes Abkommen mit Italien zur Rekrutierung von italienischen Arbeitskräften tritt in Kraft. Das neue Abkommen legt fest, dass jetzt italienische Einwanderer nach 5 Jahren Aufenthalt ihre Arbeitsstelle wechseln dürfen. Wenn sie eine sogenannte C-Bewilligung haben, also die Erlaubnis, dauerhaft in der Schweiz wohnen zu dürfen, dürfen sie nach 18 Monaten ihre Familien in die Schweiz holen. Früher war dies erst nach 3 Jahren möglich.

Zum ersten Mal findet die Schweizer Regierung, dass ausländische Arbeitskräfte, die schon im Land leben, eigentlich auch Teil der Schweiz werden sollen. Sie sollen integriert werden, die Sprache lernen und sich einleben. Zum ersten Mal denkt man nicht mehr daran, dass die auf jeden Fall wieder in ihr Heimatland zurückkehren, sondern dass sie vielleicht auch einfach bleiben können.

1965: Doppelte Kontingentierung

1965 entscheidet der Bundesrat, dass es nicht mehr reicht, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in einer Firma auf 2% zu beschränken, wie in der «einfachen Kontingentierung». Fortan soll die Zahl ausländischer Arbeitskräfte sogar verringert werden, und gleichzeitig darf die Höchstzahl an Arbeitsplätzen in den Firmen nicht zunehmen. Dies wird «doppelte Kontingentierung» genannt.

Viele Firmen sind mit dieser Entscheidung gar nicht glücklich, denn viele von ihnen brauchen mehr Arbeitskräfte, um sich weiterentwickeln zu können. Die doppelte Kontingentierung wird bis 1967 weitergeführt.

1964-1974: Initiativen gegen «Überfremdung»

Seit den 1950er Jahren sorgt sich die Schweizer Arbeiterschaft um den Zustrom billiger Arbeitskräfte aus Italien. 1961 mahnte der Schweizerische Gewerkschaftsbund: «Um die politische, kulturelle und sprachliche Eigenart der Schweiz zu erhalten und eine Überfremdung zu verhindern, ist der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte einer Kontrolle zu unterstellen. »

1964 lanciert die Demokratische Partei des Kantons Zürich die erste Initiative gegen die «Überfremdung». Sie fordert darin eine starke Reduktion des Ausländeranteils von damals ca. 17% auf maximal 10%. Der Bundesrat hält diese Initiative für übertrieben, weil die Wirtschaft, um weiter zu wachsen, die ausländischen Arbeitskräfte dringend braucht. Er schlägt also einen Rückgang um 3% bis im Jahre 1968 und von 2% im Jahre 1969 vor. Daraufhin wird diese erste «Überfremdungsinitiative» zurückgezogen.

Weil aber die Zahl der Ausländer weiter steigt, lanciert die «Nationale Aktion gegen eine Überfremdung von Volk und Heimat» eine neue Überfremdungsinitative. Sie wird nach ihrem Wortführer «Schwarzenbach-Initiative» genannt. James Schwarzenbach verlangt, dass nicht nur in der Schweiz insgesamt, sondern in jedem einzelnen Kanton der Ausländeranteil 10% nicht übersteigen darf. Genf wäre mit 25% die einzige Ausnahme.

Die Initiative löst heftige Diskussionen aus. Der Bundesrat ist wieder nicht einverstanden mit dem Vorschlag. Ihre Umsetzung würde bedeuten, dass 300 000 Menschen die Schweiz verlassen müssen. Drei Monate vor der Volksabstimmung im Jahre 1970 führt der Bundesrat stattdessen die «globale Kontingentierung» ein: Das heisst, dass jedes Jahr die Zahl der Arbeitsplätze, die durch ausländische Arbeitskräfte besetzt werden können, neu berechnet wird. In den Berechnungen soll berücksichtigt werden, wie viele Migranten schon im Land sind, wie viele das Land verlassen haben und wie viele benötigt werden. Auf diese Weise soll ein unkontrollierbares Wachstum der ausländischen Bevölkerung vermieden werden. Am 7. Juni 1970 lehnen die Schweizer Stimmbürger die Schwarzenbach-Initiative knapp mit 54% Nein- Stimmen ab.

1972 wird ein dritter Versuch unternommen, die Zahl der Leute mit ausländischem Pass in der Schweiz zu reduzieren, diesmal auf 500'000. Das wären im Jahr 1970 ungefähr 8% der Gesamtbevölkerung - also noch weniger, als die Schwarzenbachinitiative verlangte. 1974 - jetzt durften in der Schweiz die Frauen mitstimmen! - wurde aber auch diese Initiative in der Volksabstimmung abgelehnt.

1973: Zentrales Ausländerregister

Unter dem Druck der «Überfremdungsinitiativen» will die Regierung die Einwanderung besser überwachen und steuern. Zu diesem Zweck führt das Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) das Zentrale Ausländerregister (ZAR) ein. Alle Saisonniers, alle Ausländer mit einer Aufenthaltsbewilligung Bund einer Niederlassungsbewilligung C werden darin registriert. Auch der Beruf oder der Zivilstand werden festgehalten. Dieses Register gibt es noch heute - auch wenn es sich seither ein wenig verändert hat.

Migration: Die wichtigsten Ereignisse

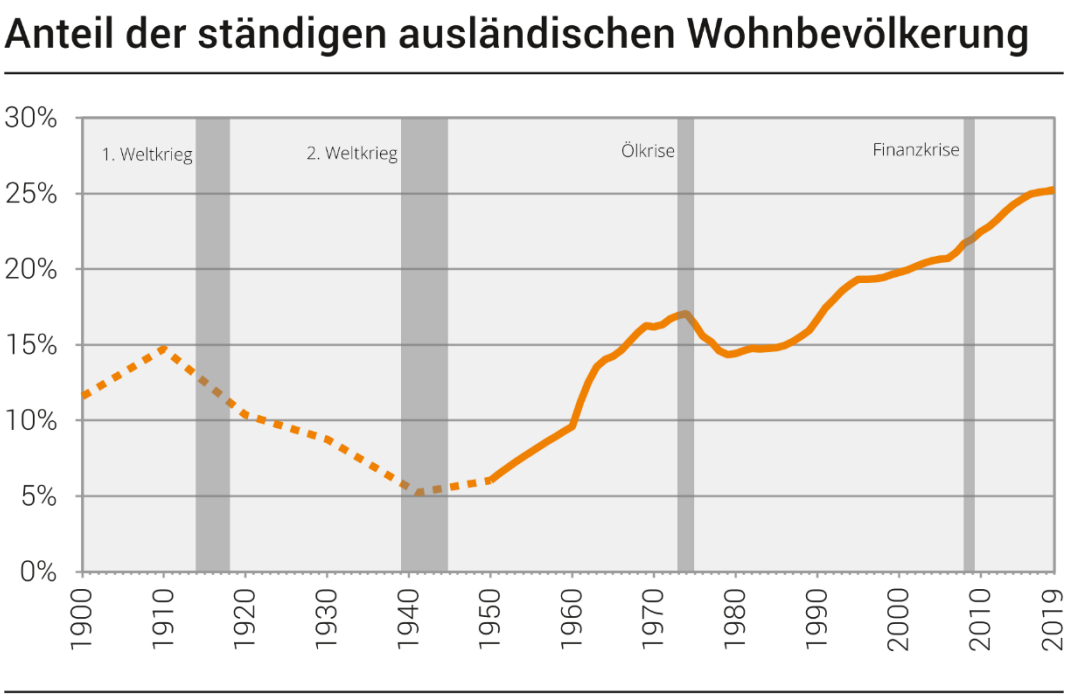
1963-1973: Zunahme und Diversifizierung

1963 einigen sich die Schweiz und Italien auf ein neues Abkommen, das den Aufenthalt der Saisonniers in der Schweiz regelt. Durch das Abkommen mit Italien bekommen die Saisonniers nun automatisch eine Aufenthaltsbewilligung (B) nach 5 Jahren, wenn sie während dieser Zeit 45 Monate in der Schweiz gearbeitet haben. In dieser Zeit ziehen auch viele Familien zu ihren Angehörigen in die Schweiz und andere bekommen in der Schweiz weitere Kinder. Somit nimmt die ausländische Bevölkerung in dieser Zeit zu.

Zwischen 1960 bis 1970 steigt die ausländische Bevölkerung von 584’739 auf 1'080’076 Personen. Zum ersten Mal wird die Zahl von 1 Million Migranten überschritten. Dabei leben etwas mehr ausländische Männer (56%) als Frauen (44%) in der Schweiz.

54% der ausländischen Bevölkerung haben die italienische Staatsbürgerschaft, ungefähr je 11% die deutsche oder die spanische. Im Verlauf der 1960er Jahre kommen Menschen zunehmend aus unterschiedlichen Ländern in die Schweiz. Auch arbeiten sie jetzt immer mehr in Berufen, die vorher fast nur von Schweizern ausgeübt wurden, also im Handel, im Transportwesen (zum Beispiel als Taxi- oder Busfahrer oder am Flughafen), und in den Dienstleistungen (zum Beispiel als Kellner oder in Krankenhäusern).

Anteil der ständigen ausländischen Bevölkerung 1900-2019



Bundesamt für Statistik BFS, Migration und Integration – Ausländische Bevölkerung. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/auslaendische-bevoelkerung.assetdetail.13667147.html (19.05.2021}.

1963 / 1968: Flüchtlinge

1963 kommen ungefähr 1000 tibetische Flüchtlinge in die Schweiz. In ihrer Heimat gibt es Krieg, denn dort wird ihr Land von en Chinesen besetzt. Die Flüchtlinge werden mithilfe der Vereinten Nationen in die Schweiz gebracht. In den darauffolgenden Jahren kommen noch weitere Flüchtlinge aus Tibet hinzu.

Fünf Jahre später, 1968, flüchten 12 000 Menschen aus der damaligen Tschechoslowakei (heute Tschechien und Slowakei) in die Schweiz. Wie zwölf Jahre zuvor flüchten auch sie, weil in ihrer Hauptstadt ein Aufstand der Bevölkerung (der «Prager Frühling») vom Militär und der kommunistischen Führung niedergeschlagen wird. Und wie schon bei den ungarischen Flüchtlingen bricht eine Welle der Solidarität aus. Sogar die Kinder hängen Fähnchen mit dem tschechoslowakischen Wappen an ihre Velos und zeigen so, dass sie auf der Seite der Flüchtlinge stehen! Der Bundesrat öffnet ihnen denn auch die Türen.

Wirtschaft: Die wichtigsten Ereignisse

Während der «30 Goldenen Jahre» von 1946-1976 geht es der Wirtschaft insgesamt sehr gut. Die Menschen verdienen immer mehr Geld und können sich somit auch immer mehr kaufen. Auch die Zahl der Eingewanderten steigt, und diese kaufen ebenfalls Waren ein und nehmen Dienstleistungen in Anspruch. Auf diese Weise tragen auch sie wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung bei.

Das schnelle Wachstum verursacht aber auch Probleme. So wird etwa der Wohnraum immer knapper, und ganz allgemein steigen die Preise für Wohnraum und Konsumgüter. Die Angst vor einer «Überhitzung» der Wirtschaft ist deshalb sehr präsent in der Schweizer Gesellschaft und auch in der Regierung. Dies ist mit ein Grund, weshalb die Regierung versucht, die Zahl der Ausländer zu beschränken. Die Verlierer dieser Massnahmen sind jene Zweige der Wirtschaft, die von ausländischen Arbeitskräften besonders abhängig sind – die Industrie und das Bauwesen.